

DD  
119  
H5

UC-NRLF



B 4 507 151

DD 09C36

Digitized by Google

Original from  
UNIVERSITY OF CALIFORNIA





SONDERABDRUCK

# INTERNATIONAL MONATSSCHRIFT FÜR WISSENSCHAFT KUNST UND TECHNIK BEGRÜNDET VON FRIEDRICH ALTH

JAHRG. 9

HEFT 12

1. JULI 1901



HERAUSGEGEBEN VON MAX CORNICEL  
VERLAG VON B. G. TEUBNER  
LEIPZIG-BERLIN



# INTERNATIONALE MONATSSCHRIFT FÜR WISSENSCHAFT KUNST UND TECHNIK

Begründet von Friedrich Althoff

Herausgegeben von Max Cornicelius, Berlin W 30, Luitpoldstraße 4

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Jährlich 12 Hefte zu je 4 Bogen Mark 12.—. Einzelne Hefte Mark 1.—  
Anzeigen-Annahme bei B. G. Teubner in Berlin W 9, Potsdamerstr. 129/130

## Inhalt:

	Seite
<i>Georg von Below</i> , Professor an der Universität Freiburg i. B.: Die deutsche Geschichtschreibung von den Befreiungskriegen bis zu unsern Tagen. Geschichte und Kulturgeschichte . . . . .	1177
<i>Otto Hintze</i> , Professor an der Universität Berlin: Das Phantom des Pangermanismus in Amerika . . . . .	1213
<i>Karl Vossler</i> , Professor an der Universität München: Wie die Kriegslust in Italien entstanden ist . . . . .	1255
<i>Max Kuttner</i> , Dr., Professor an der Kgl. Augustaschule, Berlin: Die Umkehr eines Philosophen. . . . .	1271
<i>Max Rosbund</i> , Dr., Direktor der Kgl. Realschule, Mewe: Emerson über den englischen Charakter . . . . .	1279
<i>Nachrichten und Mitteilungen:</i>	
Zur Jahrhundertfeier der deutschen Burschenschaft (Justus Hashagen) . . . . .	1285
Wirtschaftsverhältnisse und Wirtschaftsbeziehungen Griechenlands insbesondere zu Deutschland (Dr. Kreuzkam) . . . . .	1298

Die „Monatsschrift“ wird auch weiter der Aufgabe dienen, in deren Dienst sie sich mit den von ihr herausgegebenen „Kriegsheften“ gestellt hat, Deutschlands Kampf um Recht und Gesittung mit den Waffen des Geistes führen zu helfen.

Sie wird die Zeitereignisse in ihrer Wirkung auf alle Kulturgebiete und in ihrer Bedingtheit durch sie im Lichte wissenschaftlicher Betrachtung zu zeigen und sie so in ihren großen Zusammenhängen verstehen zu lehren suchen.

Bestellungen nimmt jede Buchhandlung, wo eine solche nicht am Ort, die Verlagsbuchhandlung B. G. Teubner in Berlin (Potsdamerstr. 129) und Leipzig (Poststr. 3) entgegen.

## Das Phantom des Pangermanismus in Amerika.

Von Otto Hintze.

### I.

Ein Jahr vor dem Ausbruch des Krieges (1913) ist in Amerika ein Buch mit dem Titel „Pangermanism“ erschienen, das unter der Maske eines wissenschaftlichen Werkes den Versuch unternimmt, Deutschland als eine erobderungslustige, nach der Weltherrschaft strebende Macht darzustellen, die den Frieden bedrohe und namentlich darauf ausgehe, England und Frankreich niederzuwerfen, um den Raum und die Möglichkeit zur eigenen Ausdehnung zu gewinnen.<sup>1)</sup> Der Verfasser, Roland G. Usher, Professor der Geschichte an der Washington-Universität in St. Louis, prophezeit einen großen Krieg, der aus dem deutschen Ausdehnungsbedürfnis entstehen werde,

1) Pan-Germanism, by Roland G. Usher, Ph. D., Associate Professor of History, Washington University, St. Louis. London, Constable & Co. Limited, Boston and New York, Houghton Mifflin Company, 1913.

und wägt die Aussichten für dessen Ausgang ab, natürlich in einer für Deutschland ungünstigen Auffassung. Das Buch war also beim Ausbruch des Krieges sehr aktuell, und man hört, daß es in einer Unzahl von Exemplaren in Amerika verbreitet sein und viel gelesen werden soll. Die bekannte amerikanische Zeitschrift „Outlook“ schreibt in einem Leitartikel der Nummer vom 23. September 1914 über Herrn Usher und sein Buch:

„He writes not as a partisan, but as a close analyst of forces and causes. The book is extraordinary not only for its clarity, but for its wide view of the international situation. For an incisive and readable account of the European situation which preceded the war it may be cordially recommended to the Outlooks readers.“

Man sagt uns, daß dies so ziemlich das allgemeine Urteil über das Buch in

Nordamerika sei; und dazu stimmt die Tatsache, daß die „North American Review“ in dem Oktoberheft 1914 einen vielbeachteten Aufsatz des Verfassers bringt, der unter dem Titel: „Fundamental Aspects of the War“ wesentliche Gedanken des erwähnten Buches in kurzer und wirksamer Fassung wiederholt. Bei dieser Ausdehnung der literarischen Einflußsphäre des Verfassers, der sich auch sonst in Zeitungen und Zeitschriften lebhaft betätigt, wird es nicht überflüssig sein, Geist und Charakter seines Werkes kritisch etwas näher zu beleuchten. Es wird sich daraus ein interessanter Einblick in die Art und Weise ergeben, wie in Amerika die „öffentliche Meinung“ gemacht wird, die ja bekanntlich mit einer Tyrannei, wie sie kaum jemals eine monarchisch-absolutistische Regierung in Europa geübt hat, die Geister beherrscht und die bessere Einsicht der Wissenden zur Einflußlosigkeit verdammt.

#### BURDACH

Das Wort „Pangermanism“, das neuerdings in England und Amerika aufgekommen ist, zunächst, wie es scheint, zur Bezeichnung der „alldutschen“ Bestrebungen, ist eine höchst unglückliche Bildung und leistet dem Mißverständnis Vorschub, als gäbe es in Deutschland eine politische Richtung, die, gleich dem „Panslawismus“, eine Vereinigung aller germanischen Völker, oder, gleich dem „Panamerikanismus“, eine Ausdehnung des deutschen Einflusses über einen ganzen Erdteil erstrebe. Von dem einen wie dem andern ist bekanntlich bei den „Alldutschen“ nicht die Rede. Aber es scheint nicht, daß der Verfasser dieses Buches über „Pangermanismus“ es für der Mühe wert gehalten habe, sich aus der reichlich vorhandenen Literatur über die Bestrebungen des „Alldutschen Verbandes“ zu informieren; in seinem Anhang über „Bibliographie“, der die Ärm-

lichkeit des benutzten Materials durch recht triviale allgemeine Betrachtungen zu verdecken sucht, finden sich weder die mehr als 20 Jahrgänge der „Alldutschen Blätter“, die für ihn in Betracht kamen, noch die Auswahl wichtiger Dokumente zitiert, welche die Hauptleitung des Verbandes 1910 unter dem Titel: „20 Jahre alld deutscher Arbeit und Kämpfe“ herausgegeben hat. Von der periodischen Presse wird nur die Monatsschrift „Überall“ und Hardens „Zukunft“ als Quelle für den Pangermanismus angeführt, und die Unklarheit des Verfassers über unsere Publizistik verrät sich dadurch, daß er die in der „Zukunft“ enthaltenen Artikel als „halb offiziell“ bezeichnet. Sein Hauptzeuge ist natürlich General v. Bernhardt mit seinem Buche: „Deutschland und der nächste Krieg“, das in englischer Übersetzung in einer geradezu agitatorischen Weise in Amerika verbreitet wird. Außerdem nennt er nur noch die beiden kleinen Flugschriften: „Englands Welt-herrschaft und die deutsche Luxusflotte“ und „Deutschland, sei wach!“. Um so stärker ist freilich die englische Literatur vertreten; man versteht daher, daß es überwiegend englische Anschauungen sind, die in seinem Buche vorge-tragen werden: er kennt eben die deutschen Verhältnisse im wesentlichen nur aus englischen Schriften und zitiert ganz naiv Sätze aus Archibald Hurds Artikeln in der „Fortnightly Review“ als Beweis für seine Behauptungen.

Es wäre gewiß eine nicht uninteressante Aufgabe, die Ansichten und Bestrebungen der „alldutschen“ Richtung unter den deutschen Politikern und Publizisten, ihre Entwicklung und Bedeutung von einem unparteiischen Standpunkt aus zu verfolgen und zu beurteilen. Das wäre ein Ausschnitt aus dem politischen Denken und dem öffent-



lichen Leben unseres Volkes, der gewissermaßen die Komplementärfarbe zu der amtlichen Politik unserer Regierung in den letzten 23 Jahren zur Darstellung bringen würde. Denn jedem, der etwas vom öffentlichen Leben bei uns weiß, ist es bekannt, daß der „Alldeutsche Verband“, dessen Wirksamkeit mit dem Ausscheiden Bismarcks beginnt, von vornherein im Gegensatz zu dessen Nachfolgern gestanden hat, deren Politik es seiner Ansicht nach an nationalem Bewußtsein und energischer Betonung des Machtwillens hat fehlen lassen. Einem Amerikaner insonderheit hätte der bedauerliche Zwiespalt, der zwischen den amtlichen Vertretern der Reichsregierung und der „alldeutschen“ Richtung besteht, nicht entgehen dürfen. Hat es doch Aufsehen gemacht, daß der deutsche Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, am 6. November 1909 in der „Academy of political and social sciences“ vor amerikanischen Zuhörern über die „sogenannten Pangermanisten“ sehr scharfe Worte sprach. Er knüpfte dabei an eine Schrift des amerikanischen Professors A. C. Coolidge an, der den Pangermanisten Absichten auf die Erwerbung von Landgebiet in Südamerika zugeschrieben und sie als ein verderbliches und einflußreiches Element in der deutschen Politik bezeichnet hatte. Der Botschafter unterstrich die Bezeichnung „verderblich“, aber er bestritt jeden Einfluß der „Pangermanisten“ auf die amtliche Politik. Nebenbei bemerkt, hat der „Alldeutsche Verband“ in einem „Offenen Brief“ an den Botschafter<sup>1)</sup> gegen diese Äußerungen entschieden Verwahrung eingelegt. Es heißt darin u. a.: „Aufgabe des Botschafters und Deutschen wäre gewesen, zu sagen, daß der Amerikaner irrt, daß die als Pangermanisten bezeichneten Alldeutschen nichts

1) Alldeutsche Blätter 1909, Nr. 49.

anderes tun und wollen, als was jeder für die Größe seines Landes begeisterte Amerikaner tut und will. Der Botschafter und Deutsche hätte insonderheit sagen müssen, daß die Alldeutschen nicht daran denken, die albernen Pläne zu hegen, die ihnen hinsichtlich des amerikanischen Festlandes untergeschoben werden, um die Vereinigten Staaten mit Mißtrauen gegen das Deutsche Reich zu erfüllen.“

Von diesem Gegensatz nimmt indessen der Verfasser des „Pangermanism“ keine Notiz; er beschränkt sich überhaupt nicht darauf, eine Richtung in der deutschen öffentlichen Meinung zu charakterisieren, sondern er wirft die Pangermanisten und ihre Pläne, wie er sie auffaßt oder auch erfindet, einfach in einen Topf mit der Reichsregierung und ihrer Politik und braucht das Wort „Pangermanism“ kurzweg für ein praktisch-politisches System, das nach seiner Behauptung in Deutschland seit Jahren herrscht und zum Kriege treibt. Kann man unwissenschaftlicher verfahren? Heißt das nicht, willkürliche Behauptungen der extravagantesten Art an die Stelle von Beweisen setzen? Allerdings gesteht der Verfasser in einer Anwendung von kritischer Vorsicht in einer Note p. 16: „The extent, to which the German nation as a whole is conscious of the existence of Pan-Germanism is not demonstrable.“ Aber er fährt dann fort: „There can be no doubt that the Government has consistently attempted to shape public opinion in favour of it.“ Beweis: eine allgemeine Bemerkung Bismarcks gegenüber Crispi, daß der Einfluß der Regierung einer der Ströme sei, aus denen die öffentliche Meinung zusammenfließe! Daß die Richtung der Regierung selbst „pangermanistisch“ sei, wird dabei einfach vorausgesetzt, als bedürfte das gar keines Be-

DD 119  
H5

M350655

weises. Oder hat der Verfasser doch das Gefühl gehabt, daß er seinen Lesern wenigstens den Schein eines Beweises bieten müsse? In einer Note auf S. 17 reproduziert er im vollen Wortlaut die bekannte gerichtliche Aussage des Herausgebers der Rheinisch-Westfälischen Zeitung über die Unterredungen des Rechtsanwalts Claß, des Vorsitzenden des „Alldeutschen Verbandes“, mit dem Staatssekretär von Kiderlen-Wächter und dem Unterstaatssekretär Zimmermann über die Marokkoangelegenheit 1911, aus der hervorgehen soll, daß die Regierung anfänglich die Absicht gehabt habe, ein Stück von Marokko zu besetzen; und er unterstreicht dabei die Worte des Staatssekretärs: „Ich bin ein so guter Alldeutscher wie Sie.“ Das ist der ganze Beweis für die Behauptung, die Regierungspolitik decke sich im Grunde doch mit dem, was der Verfasser unter „Pangermanismus“ versteht. Wir wollen annehmen, daß es mit dem Wortlaut dieser Äußerung seine Richtigkeit hat, obwohl ja bekanntlich der Ton der Rede nicht vor Gericht gestellt werden kann. Ich könnte mir denken, daß der inzwischen verstorbene Staatssekretär, der ja bekanntlich eine humoristische Ader hatte, dem strengen patriotischen Kritiker der Reichspolitik mit leichtem Spott zu Gemüt führen wollte, daß doch auch außerhalb des „Alldeutschen Verbandes“ patriotische Köpfe und Herzen für die Macht und Größe des Vaterlandes arbeiten und sorgen. Es kommt schließlich ja alles darauf an, was man unter dem Worte „alldeutsch“ versteht, das willkürlich geprägt und mancherlei Deutung fähig ist. „Si duo faciunt idem, non est idem“ sagt ein bekanntes Sprichwort; es trifft auch auf solche politischen Selbsteinschätzungen zu. Wenn der Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter sagt: „Ich bin ein Alldeutscher“, so hat

das doch einen etwas anderen Sinn, als wenn Herr Claß es sagt. Und schließlich soll man die Menschen im allgemeinen und die Politiker im besonderen nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten beurteilen. Warum nimmt aber unser Autor gar keine Notiz von dem großen Unterschied, der in diesem Punkte zwischen dem Staatssekretär und dem Vorsitzenden des „Alldeutschen Verbandes“ vor aller Welt hervorgetreten ist? Denn selbst wenn man annähme, beide hätten übereingestimmt in dem Wunsche, Westmarokko für das Deutsche Reich zu erwerben: der Führer der „Alldeutschen“ wollte doch eine Politik, die zweifellos zum Kriege geführt haben würde; der Staatssekretär dagegen hielt das Übel eines Weltkrieges für größer, als den Vorteil, der in der Möglichkeit einer Erwerbung von marokkanischem Gebiet gefunden werden konnte; er hielt es für klüger, eine Kompensation anzunehmen, die zwar von minderem Werte als Marokko war, aber immerhin doch den Ehrenpunkt wahrte und in der Richtung einer gesunden und maßvollen kolonialen Ausdehnung lag. Das ist überhaupt der große Unterschied zwischen der verantwortlichen, amtlichen Politik des Reiches und den patriotischen Wünschen und Plänen der „Alldeutschen“, daß die erstere immer viel mehr das Ganze der politischen Konstellation vor Augen hat und namentlich die Rückwirkungen weltpolitischer Handlungen auf die gefährdete europäische Lage viel stärker zu empfinden und richtiger abzuschätzen imstande ist, als die nicht eingeweihten und nicht verantwortlichen Kritiker und Ratgeber in der Öffentlichkeit, die ganz natürlicherweise mehr von nationalen Instinkten und Leidenschaften, als von staatsmännischer Besonnenheit geleitet werden.

Wir haben dabei vorausgesetzt, daß



— wenigstens in einem bestimmten Moment der Marokkokrise von 1911 — die Reichsregierung vielleicht daran gedacht haben könnte, ein Stück von Marokko zu erwerben, wenn es ohne einen kriegerischen Konflikt möglich sein sollte. Das ist aber bekanntlich in amtlichen Äußerungen niemals zugegeben, sondern vielmehr geradezu bestritten worden. Und auch vertrauliche Äußerungen gerade des Staatssekretärs von Kiderlen-Wächter zu einem der besonnensten und geschictesten Vertreter der alldeutschen Richtung, dem Grafen Ernst zu Reventlow, von denen dieser in seiner Geschichte der deutschen auswärtigen Politik von 1890—1913 Gebrauch gemacht hat<sup>1)</sup>, lauten in geradem Gegensatz zu jenen Äußerungen dahin, daß es niemals die Absicht der Regierung gewesen ist, ein Stück von Marokko zu erwerben. Die Sache liegt also doch nicht so einfach, daß man sagen könnte: die Regierung habe eben solche Absichten geäußert, nachdem sie sich überzeugt hatte, daß sie nicht durchzusetzen seien. Jene Äußerungen stammen aus derselben Zeit, wie die zu Herrn Claß, und liegen vor der Rede von Lloyd George, die man wohl als den Anlaß zu einem Umschlag der deutschen Politik zu betrachten geneigt sein könnte. Nun sind ja die Andeutungen, die das Auswärtige Amt den Männern macht, die einen Einfluß auf die Presse und auf die öffentliche Meinung überhaupt haben, nicht immer darauf berechnet, die innerste Willensmeinung der leitenden Stelle dem Publikum zu enthüllen. Diese Männer sind manchmal, um mit Hamlet zu sprechen, wie eine Flöte, auf der der Inspirator spielt, um eine gewisse Melodie in einem bestimmten Teil des Orchesters der öffentlichen Meinung erklingen zu lassen. Ich

1) S. 351 ff.

könnte mir wohl denken, daß in den Verhandlungen, die sich an die Entsendung des „Panthers“ nach Agadir anschlossen, das Auswärtige Amt ein Interesse daran hatte, daß in der alldeutschen Presse der nationale Wille, ein Stück von Marokko zu erwerben und zu behaupten, recht nachdrücklich verlautbart wurde, damit die französische Regierung dazu gebracht werden könnte, in ihren Anerbietungen oder Zugeständnissen hinsichtlich einer Kompensation möglichst weit zu gehen. Hätten die Franzosen aus der Haltung der Presse abnehmen können, daß man in Deutschland eigentlich gar nichts von Marokko wollte, so wäre natürlich die Position der deutschen Regierung bei den Verhandlungen dadurch nicht eben gestärkt worden. Je stärker der nationale Wille zur Erwerbung Marokkos sich in der Presse geltend machte, desto bedeutenderen Ersatz konnte die deutsche Regierung fordern, wenn sie trotz dieser Wünsche in der öffentlichen Meinung auf jene Forderung, deren Durchsetzbarkeit ihr von vornherein zweifelhaft war, verzichtete.

Das ist eine Möglichkeit, den Sinn jener Äußerungen des Staatssekretärs zu Herrn Claß sich zu erklären. Es gibt noch andere, aber sie sind weniger wahrscheinlich, und ich habe keine Veranlassung, näher darauf einzugehen. Es kommt mir nur darauf an, zu zeigen, daß doch ein hohes Maß von politischer Naivität dazu gehört, um anzunehmen, man könne aus der von Usher mitgeteilten Äußerung entnehmen, der Staatssekretär von Kiderlen-Wächter habe wirklich im Grunde dieselbe Politik verfolgt, die der „Alldeutsche Verband“ empfahl. Für Herrn Usher freilich handelt es sich nur darum, seinem Publikum Sand in die Augen zu streuen. Sein Buch ist in keiner Weise eine unparteiische politische Studie; es hat mit

unabhängiger Wissenschaft nichts zu tun; es ist vielmehr eine Parteischrift im englischen Interesse, die den breiten Stempel ihrer Herkunft deutlich genug zur Schau trägt. Sie ist von demselben politischen Luftstrom inspiriert, wie die Artikel von Archibald Hurd in der „Fortnightly Review“, die der Verfasser mit ganz besonderer Hochachtung zitiert, und die Rede des neuen kanadischen Premierministers Borden vom 5. Dezember 1912, die er im Anhang seines Buches vollständig abdruckt; die gemeinsame Grundlage der Anschauungen ist die ebenfalls mit abgedruckte Denkschrift der Englischen Admiralität über den Stand der Seerüstungen, die 1912 dem kanadischen Parlament zugestellt worden war, um es zur Bewilligung einer Anzahl von Schlachtschiffen zu bewegen, was denn ja auch seinen Zweck nicht verfehlt hat. Über die persönlichen Motive, die den amerikanischen Professor veranlaßt haben, sich auf so unzweideutige Weise in den Dienst der britischen Interessen zu stellen, vermag ich nicht zu urteilen. Ob er vielleicht von englischem oder kanadischem Herkommen ist, weiß ich nicht; jedenfalls ist die angelsächsische Idee in ihm viel stärker ausgebildet, als uns mit dem amerikanischen Staatsinteresse vereinbar erscheint. Der Reziprozitätsvertrag der amerikanischen Union mit Kanada, der 1911 lange Zeit die Gemüter hüben und drüben beschäftigte und durch die Abstimmung vom 21. September 1911 in Kanada zu Fall kam, erschien in England mit Recht als eine schwere Verletzung der britischen Reichsinteressen; man wird es verstehen, daß man nach seinem Scheitern in Amerika den Engländern ein möglichst freundliches Gesicht zeigen wollte; aber daß das reichspatriotische britische imperialistische Bekenntnis des Nachfolgers von Sir Wil-

frid Laurier nun geradezu als Norm für die Regulierung der politischen Stimmung in der Union aufgestellt wird, das ist doch mehr, als man erwarten konnte. Die politische Tendenz des Buches von Herrn Usher liegt auf der Hand: Es sollte im voraus bewiesen werden, daß der Krieg, den man natürlich nirgendwo sicherer voraussehen konnte als in England, durch eine aggressive Haltung der deutschen Politik hervorgerufen sei; und als Aufschrift für eine darauf berechnete Charakteristik unserer Politik hat der Verfasser die Bezeichnung „Pangermanismus“ gewählt. Das ist natürlich ein Phantom, ein Popanz, der die politischen Kinder erschrecken soll — aber deren Zahl scheint gerade auch in Amerika nicht gering zu sein; das Buch ist ein zwar etwas plumper, aber gar nicht unwirksamer Versuch, im voraus Stimmung gegen Deutschland und für England und seine Verbündeten zu machen für den in Aussicht stehenden Krieg.

## II.

Die Methode, welche Herr Usher anwendet, um das, was er Pangermanismus nennt, in der Geschichte der beiden letzten Jahrzehnte nachzuweisen, ist eigentümlich; aber wenn sie auch einen kritischen Leser in Erstaunen setzt, so gestattet sie dem Verfasser doch, auf einen unkritischen einen um so stärkeren Eindruck hervorzubringen. Ein vorsichtiger Forscher, dem es um die Ermittlung der Wahrheit zu tun ist, würde die Geschichte der letzten Jahrzehnte durchmustert haben, um daraus die leitenden Grundsätze der deutschen Weltpolitik zu erkennen; er würde dann gefunden haben, daß diese Grundsätze in dem Bestreben zu erkennen sind, den wirtschaftlichen und politischen Einfluß Deutschlands in der Welt so weit auszu dehnen, wie es ohne einen Konflikt mit

andern Mächten und ohne die Gefahr eines Weltkrieges möglich war. Herr Usher zieht einen anderen Weg vor. Die leitenden Grundsätze der deutschen Weltpolitik sind ihm a priori bekannt: sie sind eben das, was er „Pangermanismus“ nennt. Er setzt sie auseinander mit der Miene eines Mannes, der unbestreitbare Tatsachen vorträgt, und er durchleuchtet dann das verworrene Chaos der Zeitgeschichte mit diesem elektrischen Taschenapparat in einer so virtuellen Weise, daß der harmlose Leser, der keine näheren Kenntnisse auf diesem Gebiet hat, von der Übereinstimmung der Theorie und der Tatsachen völlig überzeugt wird. Das Prinzip wird nicht aus den Tatsachen abgeleitet, sondern die Tatsachen werden nach dem Prinzip interpretiert und zurechtgemacht. Beides stimmt daher auf das vollkommenste zusammen. Nur schade, daß das eine wie das andere Phantasie und Konjektur ist; und zwar nicht die harmlose Selbsttäuschung eines unkritischen Dilettanten, sondern das absichtsvolle Kunststück eines skrupellosen politischen Stimmungsmachers.

Woher kennt Herr Usher die letzten, geheimsten Gedanken der deutschen Weltpolitik, von denen er doch selbst sagt, daß sie nur wenigen Eingeweihten in ihrem ganzen Umfange bekannt seien? Ist er einer dieser Eingeweihten, oder gehört einer seiner englischen Gewährsmänner dazu? Er gesteht wohl zu, daß man nicht genau sagen könne, wie und wann dieses politische Programm zustande gekommen sei, welchen Anteil daran etwa der Staatssekretär Marschall, oder der Admiral Tirpitz, oder der Kaiser selbst habe; aber den Inhalt dieses Programms kennt Herr Usher ganz genau, und er hat, offenbar nicht ohne Grund, das Vertrauen zu seinen Lesern, daß sie ihm aufs Wort glauben

werden, auch ohne daß er den leisesten Versuch macht, irgendeinen Beweis für seine Behauptungen beizubringen.

Was er unter „Pangermanismus“ versteht, ist der durch Jahre hindurch fortgesetzte Versuch Deutschlands, zur Weltherrschaft zu gelangen. Nichts Geringeres ist der Plan der deutschen Regierung: die Beherrschung Europas und die Beherrschung der Welt; die Voraussetzung dafür aber ist die Zerstörung Englands und Frankreichs. (Von Rußland redet unser Autor nur selten und mehr nur nebenbei; dieser Dritte im Bunde ist offenbar weniger als Frankreich und England Gegenstand seiner Sympathien und seines Interesses.) Der aggressive Charakter der deutschen Politik ist für ihn ein zweifelloses Axiom. Er gesteht allerdings einmal zu, daß Deutschland von seinen beiden kontinentalen Nachbarn, Frankreich und Rußland, mit Zerstörung bedroht werde, daß seine Politik in erster Linie die Verteidigung gegenüber diesen Gegnern im Auge habe; er hebt auch mehrmals hervor, daß die deutsche Seerüstung England gegenüber nur von defensiver Bedeutung sei, indem sie den Zweck verfolge, England davon abzuhalten, dem deutschen Handel seinen Weg durch den Kanal zu verlegen; trotzdem aber behauptet er, daß Deutschland eine Angriffstendenz in sich trage, und daß diese sich vor allem gegen England richte. Den Beweis dafür muß — in Ermangelung greifbarer Tatsachen — eine aus richtigen und falschen Elementen seltsam zusammengesetzte politische Spekulation liefern.

Preußen — sagt unser Autor — ist durch Eroberungen groß geworden; das Deutsche Reich verfolgt dieselbe Richtung; die Logik der Tatsachen zwingt es dazu. Deutschland ist in feste Grenzen eingeschlossen; es hat eine stark



wachsende Bevölkerung. Auswanderung des Überschusses in fremde Staaten würde als ein Unglück erscheinen, weil die Kraft des eigenen Volkes dadurch gemindert, die der Mitbewerber verstärkt werden würde. Landgebiete für deutsche Siedlungskolonien gibt es auf der Erde nicht mehr; alles dafür taugliche Gebiet ist schon in den Händen der Engländer, Franzosen oder Russen. Aber auch die Verdichtung der Bevölkerung im Mutterlande selbst hat ihre Grenzen gefunden. Sie hängt hauptsächlich von der Ausdehnung des Exporthandels ab; und auch hier leidet Deutschland unter dem Mangel großer geschlossener kolonialer Märkte, und es wird von England an der weiteren Ausdehnung gehindert. Alles weist also darauf hin, daß Deutschland versuchen muß, England niederzuwerfen, um sich selbst auszudehnen und die Zukunft seiner Rasse sicherzustellen. Eine Art von moralischer Berechtigung dazu ist der Verfasser geneigt, den Deutschen zuzugestehen. Die Engländer haben es mit ihren Rivalen und Konkurrenten früher nicht anders gemacht. Als *beati possidentes* vertreten sie jetzt den moralischen Standpunkt. Man kann es Deutschland nicht verübeln, wenn es sich nach ihren Taten und nicht nach ihren Worten richtet.

Man sieht, das sind Auffassungen und Schlüsse, die auch in den Schriften Alldeutscher oder ihnen nahestehender Publizisten so oder ähnlich vertreten worden sind. Aber wird dadurch der Sinn der wirklichen, verantwortlichen deutschen Politik gekennzeichnet? und treffen diese Argumentationen überhaupt in allen Stücken zu?

Es ist richtig, daß Deutschland in seiner kontinentalen Eingeschlossenheit, mit seiner wachsenden Bevölkerung ein Bedürfnis nach Siedlungskolonien und

nach großen kolonialen Märkten empfindet. Es ist richtig, daß namentlich England ihm bei einer kolonialen Ausdehnung im Wege steht, nicht bloß durch seinen eigenen umfassenden Besitz von überseeischen Ländern, sondern auch durch sein politisches Verhalten. Aber das ist noch kein Grund zum Kriege, solange nicht die Lebensinteressen Deutschlands verletzt werden. Deutschland ist bei der Verteilung der Welt zu spät gekommen; es hat sich mehr auf die Verdichtung seiner Bevölkerung als auf koloniale Ausdehnung einrichten müssen. Aber auch so ist es ihm gelungen, seine wachsende Bevölkerung zu versorgen. Das Verschwinden der Auswanderung seit den 80er Jahren, die Blüte von Handel und Gewerbe beweisen es. Es ist keine Rede von einem Notstand, von einer unhaltbaren Lage, die uns gezwungen hätte, angriffsweise gegen England vorzugehen. Unsere Regierung, unser Kaiser, sind immer überzeugt gewesen, daß ein Weltkrieg auch für uns selbst mehr Schaden als Nutzen stiften würde; sie haben immer gesucht vor allem den Frieden zu bewahren, natürlich, soweit es in Ehren und ohne Minderung unseres Ansehens in der Welt möglich war; sie haben eine Ausdehnung unserer Einfluß- und Interessensphäre immer nur bis zu dem Punkte versucht, wo es klar wurde, daß man auf einen Widerstand anderer Mächte stoßen würde, der zu einem Konflikt führen könnte. Das ist der wahre Sinn der deutschen Weltpolitik. Das hat ja manchen unberufenen und unverantwortlichen Politikern Veranlassung zu herber Kritik gegeben; aber nur böswilliger Unverstand könnte leugnen, daß es eine ausgesprochen friedliche Politik gewesen ist, die die Regierung Wilhelms II. über 25 Jahre hindurch getrieben hat, bis dem „Friedenskaiser“ das Schwert von den Gegnern in die Hand gezwungen wurde.

In diesen Rahmen fügen sich auch die wirtschaftspolitischen Bestrebungen ein, die Deutschland im türkischen Orient verfolgt hat und als deren Achse die Bagdadbahn erscheint. Es handelte sich dabei um die Aufschließung und die wirtschaftliche Entwicklung der ehemals so reichen und blühenden, seit Jahrhunderten gänzlich in Verfall geratenen kleinasiatischen und mesopotamischen Länder. Hier hoffte sich Deutschland ein neues aufnahmefähiges Absatzgebiet für seine Industrie, eine günstige Bezugsquelle für die Rohstoffe, deren es bedarf, zu schaffen. Es war keine Rede von der Erwerbung oder Besiedlung dieser Länder durch Deutschland, sondern nur von einem großzügigen wirtschaftspolitischen Plan, von der Betätigung deutscher Arbeit und deutschen Unternehmungsgeistes in einer Richtung, die uns durch die politische Verbindung mit Österreich nahegelegt war, in Ländern, die noch nicht dem englischen Weltwirtschaftsmonopol verfallen waren, und deren Regierung in freundliche Beziehungen zu uns getreten war. Die politische, militärische, finanzielle Kräftigung der Türkei war die Voraussetzung für das Gelingen unserer wirtschaftspolitischen Pläne. Wir machen es nicht so wie die Engländer in Ägypten oder die Franzosen in Marokko, oder die Russen in der Mandschurei oder die Amerikaner in Columbia und Mexiko. Bei uns bedeutet die „friedliche Durchdringung“ nicht die Zubereitung des Opfers zum Verschlingen; wir glauben, daß unsere wirtschaftlichen Interessen gerade auch da wahrgenommen werden können, wo ein starkes und selbständiges Staatswesen uns die offene Tür verbürgt; in diesem Sinne ist die Bagdadbahn ein rein wirtschaftliches Unternehmen, das uns mit den daran geknüpften Möglichkeiten einen gewissen Ersatz bieten

könnte für den Mangel an kolonialen Märkten, wie sie England und andere Länder besitzen.

Was hat nun aber Herr Usher aus diesem Plane gemacht! Natürlich wieder einen Versuch, die Weltherrschaft zu gewinnen! Es handelt sich nach seiner phantasievollen Darstellung um die Begründung eines großen Reiches, das von der Nordsee bis zum Persischen Meerbusen reichen soll, allerdings in föderativen Formen, aber unter der Leitung Deutschlands und in erster Linie zur Erhöhung der deutschen Weltmacht. Ein großer Staatenbund soll gegründet werden, zu dem außer Deutschland und Österreich-Ungarn auch die Balkanstaaten und die Türkei gehören, und in dem Deutschland die Führung hat. Ein durchgehender Schienenweg von Berlin bis Bagdad stellt gleichsam das Rückgrat dieses politischen Körpers dar, der für die englische Seemacht unangreifbar sein wird. Er wird den Wasserweg nach Indien durch den Suezkanal überflügeln und Deutschland samt seinen Verbündeten militärisch, politisch und kommerziell die Herrschaft über das Mittelmeer und den Orient verschaffen. Ägypten, Syrien, Arabien, Persien, Indien werden in die Hände Deutschlands fallen und von ihm festgehalten werden mit Hilfe der ausgezeichneten festländischen Verbindungslinie. Das Hauptziel, das Deutschland selbst erstrebt, ist Indien, das es den Engländern entreißen will; seine Verbündeten wird es mit den Mittelmeerländern abfinden: Österreich-Ungarn wird die Küsten des Adriatischen und des Ägäischen Meeres erhalten, dazu vielleicht Ägypten und Palästina; Italien das übrige Nordafrika; die Balkanstaaten und die Türkei werden mit der Garantie für ihren Besitz und ihre Autonomie zufriedengestellt werden. Dann wird Deutschland weiter um sich grei-

fen, wird sich den Rest von Afrika und Westindien nehmen, den Spaniern vielleicht West-Marokko überlassen. Ob es auch in die Sphäre von Südamerika eingreifen wird, hängt von der Vollständigkeit seines Sieges ab.

Gewiß eine recht hübsche Phantasie! Aber es ist doch eigentlich ein starkes Stück, daß ein amerikanischer Professor in einem Buche, das sich wenigstens zum Schein in ein wissenschaftliches Gewand hüllt, der Welt solche Pläne als das politische Programm der deutschen Regierung vorzuführen wagt! Dabei erfährt der Leser natürlich kein Wort davon, daß dieser Plan, wenn auch in etwas unschuldigerer Gestalt, eigentlich der politischen Einbildungskraft eines Engländer entsprungen ist, und daß er in seiner ursprünglichen Form gerade dazu bestimmt war, den Ausdehnungsdrang Deutschlands in eine Richtung zu lenken, bei der ein Konflikt mit England vermieden werden sollte, allerdings wohl auf Kosten eines guten Einvernehmens zwischen Deutschland und Rußland.

Es war der englische Kolonialpolitiker Sir Harry Johnston, der 1903, bald nach der Erteilung der Konzession für die Bagdadbahn, in der von Dr. Carl Peters herausgegebenen Londoner „Finanzchronik“ (1903, Nr. 14) der deutschen Politik einen Vorschlag zur Begründung eines großen orientalischen Reiches machte, das den deutschen Drang nach Ausdehnung befriedigen sollte. Es sollte ein großer Staatenbund sein, der außer dem Deutschen Reiche selbst noch Österreich-Ungarn, die Balkanländer (mit Ausnahme von Griechenland) und die Türkei umfassen, also von der Nordsee über Konstantinopel, Kleinasien und Mesopotamien bis an den Persischen Meerbusen reichen würde, ein zusammenhängendes Handelsgebiet, aber zugleich auch ein po-

litisch festorganisiertes Ganzes, ein vergrößertes Abbild des jetzigen Deutschen Reiches. Auf die Schwierigkeiten einer solchen Organisation, auf den Unterschied von Bundesstaat und Staatenbund, auf die Frage einer starken Zentralgewalt und ihres Verhältnisses zur Souveränität der Gliedstaaten geht der Verfasser nicht ein, und wir können sie daher auf sich beruhen lassen. Er glaubt, daß die englischen Imperialisten zwar eine solche Ausdehnung Deutschlands nicht gern sehen würden; aber sie würden sich am Ende damit abfinden, weil doch eine Ausdehnung Deutschlands nach irgendeiner Richtung hin unvermeidlich sei, und weil es, wenn sie in dieser Richtung erfolge, noch am wenigsten mit den beiden anderen großen teutonischen Reichen der angelsächsischen Welt in Konflikt geraten würde. Dabei setzt er freilich voraus, daß Englands Interessen im weitesten Umfange gewahrt werden: nicht nur Griechenland mit den Inseln, sondern auch Syrien und Palästina sollen außerhalb der Grenzen des Bundes bleiben; Arabien und Ägypten sollen dem Einfluß Englands, Tripolis dem Frankreichs und Italiens nicht entzogen werden; vor allem aber soll in diesem neuen deutsch-österreichischen Reiche der Freihandel eingeführt werden: das ist die Hauptbedingung, die England zu machen hat. Frankreich soll an dem Ausbau seines nordafrikanischen Reiches nicht gehindert werden; von Gibraltar muß es sich allerdings fernhalten. Deutschland könnte ihm vielleicht Metz zurückgeben, um seinen Widerspruch gegen die orientalische Reichsbildung zu beschwichtigen (!); außerdem müßte die Unabhängigkeit von Belgien und Holland für alle Zeiten sichergestellt und Luxemburg von dem deutschen Einfluß ganz befreit werden. Rußland würde vielleicht seine Zustimmung



geben, wenn es Armenien und die nördlichen Teile von Kleinasien erhielte und wenn Deutschland erklärte, alle seine Interessen in Persien und der Mandschurei aufgeben zu wollen. Wollte Rußland aber noch weitergehen und auch in Bulgarien, Kleinasien, Konstantinopel und ganz China die erste Rolle beanspruchen, so würde alsdann Deutschland gezwungen sein, ihm im Bunde mit England und den Vereinigten Staaten entgegenzutreten. Hier sieht man am deutlichsten den springenden Punkt des ganzen Planes. Es ist ein letzter, verspäteter Versuch, doch noch womöglich Deutschland für eine Bundesgenossenschaft mit England zur Bekämpfung Rußlands zu gewinnen. Solche Versuche waren ja verschiedentlich in den Jahren von 1898—1902 gemacht worden, während des Burenkrieges; 1899 hatte ja Chamberlain in einer vielbesprochenen Rede das lockende Zukunftsbild einer Freundschaft und Bundesgenossenschaft der drei großen „teutonischen Nationen“ uns vor Augen gestellt. Aber die Hauptsache war dabei, daß Deutschland der Soldat Englands sein, daß es die Arbeit besorgen sollte, die später Japan geleistet hat. Davon war die deutsche Politik, die eine aufrichtige Freundschaft mit Rußland wollte, sehr weit entfernt, und in den chinesischen Fragen, namentlich als Rußland seine Hand auf die Mandschurei zu legen versuchte (1902), hatte der Reichskanzler Fürst v. Bülow es geschickt vermieden, sich von England gegen Rußland brauchen zu lassen. Jetzt sucht der englische Politiker Deutschland durch den Köder dieses phantastischen Orientreiches doch noch zu einem Bündnis mit England gegen Rußland zu locken. In einem solchen Bündnis, meint er freilich, müsse Deutschland offen verfahren und dürfe England

nicht so behandeln, wie jüngst in der chinesischen Angelegenheit (Yangtseabkommen und Mandschurei!). Deutschland müsse überlegen, was es mehr zu fürchten hätte: einen Krieg mit Frankreich und Rußland um den Orient oder einen solchen mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten um Südafrika, Australien und Südamerika.

Das ist also der Ursprung dieser Idee eines deutsch-österreichisch-orientalischen Imperiums — einer Idee, der, wie man sieht, politisch aller Grund und Boden fehlt. Es fehlt ihr aber auch der Stachel, den Herr Usher daran angebracht hat: die Tendenz zur Verdrängung Englands aus dem Mittelmeer und aus Indien. Das ist die eigenste Zutat des amerikanischen Professors, und es wird ihm schwer werden, aus der deutschen publizistischen Literatur dafür Belege anzuführen, ganz abgesehen von der ungeheuerlichen Behauptung, daß dies das politische Programm der deutschen Regierung sei, worüber man ja weiter kein Wort zu verlieren braucht. In der deutschen publizistischen Literatur wurde der Plan von Sir Harry Johnston übrigens sehr kühl aufgenommen; selbst die „Alldeutschen Blätter“ wiesen ihn ab als ein verdächtiges Danaergeschenk; Dr. Rohrbach in seiner Schrift: „Deutschland unter den Weltvölkern“, die 1903 erschien, erklärte es für Torheit, von einer Eroberung des Morgenlandes in dem Sinne zu träumen, daß sich dabei eine Einbeziehung jener weiten Länderstrecken in unsere staatliche Machtsphäre, etwas wie ein politisches Protektorat oder eine ähnliche, sei es verschleierte, sei es offene Form der Besitzergreifung, ergäbe. Auch er faßte das große Stück deutscher Zukunft, das möglicherweise im türkischen Asien liege, nur im wirtschaftspolitischen Sinne auf, und das ist überall da in Deutschland geschehen, wo über-

haupt ein ernsthaftes Interesse für diese levantischen Pläne vorhanden war. Nur vereinzelte Stimmen vertraten in der Literatur den Plan eines dauernden politischen Zusammenschlusses Deutschlands mit Österreich-Ungarn, den Balkanstaaten und der Türkei zu einem mitteleuropäisch-vorderasiatischen Staatenbunde<sup>1)</sup>; und auch diesen lag der Gedanke fern, Indien und die Mittelmeerländer erobern zu wollen; sie dachten höchstens an die Wahrung der türkischen Oberhoheit in Ägypten und an die Herstellung eines Gleichgewichts im Indischen Ozean. Es handelte sich nicht darum, England zu bezwingen und zu berauben, wie es Herr Usher als das Ziel der deutschen Politik proklamiert, sondern neben England eine weltwirtschaftliche Stellung zu gewinnen, die den Interessen des deutschen Volkes entsprach.

Für den amerikanischen Autor aber ist es eine ausgemachte Sache, daß das politische Programm Deutschlands die Gewinnung der Weltherrschaft zum Ziel hat. Die Vorbedingungen für die Ausführung dieses Planes bestehen in der Eroberung von Belgien und Holland, von Dänemark, Schweden und Norwegen. Die beiden Niederlande geben die unentbehrliche militärische Position gegenüber England und Frankreich, die skandinavischen Länder die Herrschaft über die Ostsee und die Möglichkeit, Rußland wirtschaftlich zum Frieden zu zwingen auf der Grundlage eines Austausches deutscher Industriewaren gegen russische Bodenprodukte. Mit der Schweiz würde nur ein Abkommen nö-

1) Ich nenne namentlich K. von Winterstetten, Berlin-Bagdad, München 1913, und Dr. K. Mehrmann, Die auswärtige Politik besonders des Deutschen Reichs 1909; dazu ein Vortrag auf der Reichsversammlung des Hauptverbandes der nationalliberalen Jugendvereine und: Groß-Deutschland: unsere Stellung in der Weltstaatengesellschaft, Dresden 1915.

tig sein, das vor allem darauf gehen würde, andere Mächte, namentlich Frankreich, an der militärischen Benützung der Alpenpässe zum Nachteil Deutschlands zu verhindern. Demnächst würde ein Balkanbund unter der Ägide Deutschlands und Österreich-Ungarns zustande gebracht werden, um damit den Schlüssel von Europa zu gewinnen; im Zusammenhang damit steht die militärisch-politische Reorganisation der Türkei und die Erregung der panislamistischen Bewegung gegen die Gegner Deutschlands und seiner Verbündeten.

Diese levantischen Pläne bilden aber eigentlich erst die zweite Phase in der schrittweisen Entfaltung des Pangermanismus. Die erste Phase hatte es mehr mit überseeischen Kolonialplänen zu tun, die die Errichtung eines deutschen Weltreiches zum Gegenstand hatten. Da bespricht der Autor drei besonders charakteristische Fälle, an denen er die Absichten der deutschen Weltpolitik erläutern will: den Venezuelastreit, den Burenkrieg und die Marokkoangelegenheit. Es ist erstaunlich, welche Entstellungen und Verdrehungen er dabei seinen englischen und amerikanischen Lesern darzubieten wagt.

Was er von dem Venezuelastreit sagt, macht es schwer, die Verbindung zwischen diesen Andeutungen und dem wirklichen Vorfall überhaupt aufzufinden und herzustellen. Nicht nur, daß die chronologische Basis ganz verschoben ist — er setzt den Vorgang in die Zeit vor dem Burenkriege, während er sich tatsächlich 1902—3 abgespielt hat —, auch der Kern der Sache ist völlig zur Legende entstellt. Nach seinen Andeutungen hätte es sich für Deutschland darum gehandelt, in Venezuela politisch Fuß zu fassen, auf die wirtschaftliche Durchdringung eine Gebietserwerbung folgen zu lassen; das sei dann aber an

dem gemeinsamen Widerstande der Vereinigten Staaten und Englands gescheitert, und Deutschland habe sich mit einer empfindlichen Demütigung zurückziehen müssen. Wer die jedermann zugänglichen Quellen über die Verwicklung befragt, wird erstaunt sein über diese Verfälschung des Tatbestandes. Er wird sehen, daß es sich in der Hauptsache um Schadensersatz für deutsche Staatsangehörige handelte, die ebenso wie Engländer und Italiener durch die venezolanische Revolution geschädigt worden waren, und daß dieser Schadensersatz schließlich auch erreicht worden ist. Er wird sehen, daß die englische Regierung dabei mit der deutschen Hand in Hand ging, wenn auch diese Interessengemeinschaft bei der öffentlichen Meinung in England wenig Zustimmung fand. Er wird sehen, daß die europäischen Mächte allerdings dabei der amerikanischen Union das Zugeständnis machten, daß sie sich die Vermittlung eines amerikanischen Diplomaten gefallen ließen, des durch seine Hemdärmel-manieren bekannt gewordenen Mr. Bowen. Das war ein Zugeständnis an die neue Variation der Monroedoktrin, die von der Union damals geltend gemacht wurde, und ein Beweis für das maßvolle und entgegenkommende Verhalten Deutschlands in dieser Frage. Was Herr Usher daraus gemacht hat, ist einfach ein tendenziös verfälschtes Zerrbild; aber gerade dieses Zerrbild paßte dem englischen Verfasser der Kompilation, die unter dem Titel „The History of the Great European War, by W. Stanley Macbean Knight“ die Vorgeschichte des Krieges erzählt: er hat auf S. 66 des ersten Bandes die Ausführungen von Usher wörtlich abgeschrieben, natürlich ohne Quellenangabe.<sup>1)</sup> So wird in Eng-

1) Derartige Plagiate enthält das Buch mehrfach. Auf solche Anleihen bezieht sich

land und Amerika die öffentliche Meinung wissenschaftlich aufgeklärt.

Noch stärker ist, was über Deutschlands Rolle beim Burenkrieg S. 122 gesagt wird; es ist einfach eine niederträchtige Verleumdung, ohne einen Schein von Beweis und mit geflissentlicher Ignorierung bekannter Tatsachen, wie der, daß Deutschland dem Präsidenten Krüger dringend von dem Kriege abgeraten hat. Nach Herrn Usher ist es vielmehr Deutschland gewesen, das diesen Krieg angezettelt hat, um Englands Widerstandskraft zu erproben, ihm womöglich einen tödlichen Schlag beizubringen und etwa auch bei dieser Gelegenheit Rhodesia zu gewinnen. Natürlich war der Ausgang wiederum eine Niederlage des Pangermanismus.

Nach dem Scheitern dieser überseeischen Kolonialpläne kommt dann das levantische Projekt an die Reihe. Aber da kamen dem Pangermanismus England und Rußland in die Quere durch ihre Abmachungen über Persien 1907. Ohne die Aussicht, Persien unter deutschen Einfluß zu bringen, hatte das Bagdadbahnprojekt nicht mehr den vollen politischen Wert. Daher wurden die deutschen Staatsmänner jetzt aggressiv, um ihre letzten Ziele zu erreichen. Sie brachten die jungtürkische Revolution zustande, um sich allein des Einflusses in der Türkei zu bemächtigen; sie bemühten sich um die Begründung eines Balkanbundes, um die Anstiftung eines Balkankrieges, der ihre Interessen fördern sollte; sie erregten Unruhen in Persien und in Marokko, sie säten Wind in Ägypten und Indien. Es schwindelt einem, wenn man diese Darlegungen liest. Eine so freche Geschichtsfälschung, eine so skrupellose Beugung der bekanntesten Tatsachen unter die politische Tendenz des Autors

wohl die Bemerkung auf dem Titel: 'Assisted by eminent naval and military experts'.



ist doch wohl selten vorgekommen. Jeder Versuch einer Widerlegung wäre hier falsch angebracht; es genügt, diese plumpe und kindische Art von Geschichtsklitterung einfach zu kennzeichnen. Natürlich wird auch die Marokko-Krisis von 1911 in diesem Sinne besprochen. Deutschland wollte den Krieg und sah sich nur deshalb gezwungen, Frieden zu halten, weil seine finanzielle Lage ihm keine Mobilmachung gestattet! (Auf diesen Vorgang, den der Verfasser mit allerhand pikanten Einzelheiten ausstaffiert hat, kommen wir gleich noch zurück.) So wich Deutschland zurück und erlitt die dritte große diplomatische Niederlage. Mit zynischem Behagen wird nun geschildert, wie England und Rußland diese Gelegenheit wahrnahmen, um die seit 1909 in Persien eingeführte finanzielle und politische Ordnung wieder umzustürzen, die alte Anarchie und Mißwirtschaft wieder herzustellen, die eine der Voraussetzungen für die Dauerhaftigkeit ihrer Herrschaft im Lande ist. Kitcheners Erfolge bei seiner ägyptischen Sendung 1911/12 werden in den höchsten Tönen gepriesen, und fast komisch berührt es, wie die indische Krönungsfahrt König Georgs V. als ein Heldenstück und das Ausbleiben eines Mordanschlags als ein Triumph der englischen Politik in Indien gefeiert wird. Natürlich hat der König in Indien, wie Kitcheners in Ägypten, den maßgebenden Kreisen in überzeugender Weise dargetan, wie schlecht sie bei einem Wechsel von der englischen zur deutschen Herrschaft fahren würden. Zwar ist der Autor nicht dabei gewesen, aber er denkt es sich so; sie mußten so reden — nach seiner Meinung; also haben sie so geredet!

Das waren alles Erfolge des Dreiverbandes; nun aber kam ein Umschwung. Der Anschlag Italiens auf Tripolis war

zwar im Einverständnis mit England und Frankreich unternommen worden, aber die beiden Mächte sahen sich dann doch nicht in der Lage, die Wünsche Italiens bei der Pforte durchzusetzen (von den Äußerungen offener Feindseligkeit gegen Italien, die damals in Frankreich hervorbrachen, schweigt der Autor natürlich), und so kehrte Italien in die Arme Deutschlands und des Dreibundes zurück, behauptete sich in Tripolis, besetzte die griechischen Inseln und drohte im östlichen Mittelmeer eine Stellung einzunehmen, die mit den Interessen Englands und Frankreichs nicht verträglich war. So geriet England 1912 in Verlegenheit; es mußte auf Stärkung seiner Seemacht bedacht sein; aber es erhielt vom Parlament nicht soviel an Schiffen bewilligt, wie es brauchte; nur die Kolonien boten ihm einen Ersatz durch die Kampfschiffe, die sie bauten und für den Kriegsfall unter den Befehl der englischen Admiralität stellten. Das ist die politische Konstellation, aus der offenbar auch der Antrieb zu diesem Buche entstanden ist. Was noch über den Balkankrieg beigelegt wird, ist unerheblich, bis auf die neue und überraschende Entdeckung, daß es Deutschland gewesen ist, das diesen Krieg angestiftet hat, und zwar, um die Türkei zu zwingen, Tripolis an den Dreibundgenossen Italien zu überlassen, um zugleich einen Anschluß der Pforte an Frankreich und England zu verhindern und um den Balkanbund zu begründen, der eine so wesentliche Rolle in den levantischen Plänen des Pangermanismus spielt. Von der Rolle Rußlands bei der Begründung dieses Balkanbundes, von den Umtrieben des Gesandten von Hartwig in Belgrad ist ebensowenig die Rede wie von dem englischen Balkankomitee des Herrn N. Buxton und seiner Kreaturen. Natürlich bedeutet der unverhofft vollständige

Sieg der Balkanstaaten wieder einen Mißerfolg der deutschen Diplomatie, die eine wirkliche Selbständigkeit des Balkanbundes nicht brauchen konnte, während die Dreiverbandmächte, die auch allein den Krieg zu finanzieren vermochten, in dieser Beziehung andere Auffassungen hatten — eine Behauptung, die gegenüber der offenkundigen Haltung Rußlands geradezu eine Ungeheuerlichkeit ist. Den zweiten Balkankrieg kannte der Verfasser noch nicht, als er sein Buch schrieb. In dem Artikel der *Northamerican Review*, in dem er (Oktober 1914) die „Fundamental aspects of the war“ darlegt, in der Hauptsache natürlich ganz im selben Sinne wie in dem Buche, hat er diese Lücke ergänzt. Er führt da aus, Österreichs Angriff auf Serbien sei der letzte entscheidende Schritt zur Ausführung des pangermanistischen Planes gewesen. Die Bagdadbahn sei nahezu fertig gewesen; die Türkei habe man fest in den Händen gehabt; der zweite Balkankrieg habe Bulgarien in Abhängigkeit von Österreich gebracht; so habe nur noch Serbien gefehlt. Serbien zu schwächen und wenn möglich in Österreich einzuverleiben, das sei der Plan gewesen, der den Krieg herbeigeführt habe. Man habe dabei auf eine gewisse Schwäche in den Rüstungen Englands und Frankreichs gerechnet und habe geglaubt, wenn es nicht zum Kriege komme, den Dreiverbandsmächten wenigstens eine starke Demütigung zu bereiten. Eine Ansicht der Lage von der andern Seite her wird gar nicht versucht. Von dem Mord von Serajevo ist in dem ganzen Artikel gar nicht die Rede, ebenso wenig von der provokatorischen Rolle der großserbischen Bewegung im Dienste Rußlands. Der Ausgangspunkt ist einfach der Angriff Österreichs auf Serbien; und dieser ist unternommen worden, um einen „reinen Angriffskrieg“

gegen Rußland, Frankreich und England herbeizuführen, bei dem es sich darum handelte, den Gegnern das abzunehmen, was man selbst brauchte, um den Plan des Pangermanismus zur Ausführung zu bringen. Ein defensives Moment will der Verfasser dabei nicht verkennen: es liegt in der Einschnürung der Zentralmächte und in der wirtschaftlichen Überlegenheit Englands und Frankreichs. Das ist der immer wieder betonte Grundzug in dem Gedankengang des Verfassers: Deutschland befand sich in einer unhaltbaren Lage; es brauchte neue Märkte und Siedlungskolonien; England hinderte es an der Erwerbung solcher; darum hat Deutschland, um seine wirtschaftliche Zukunft zu sichern, losgeschlagen gegen England und seine Bundesgenossen, um ein deutsches Weltreich zu begründen, das die kommerzielle Achse der Welt von der See ins Binnenland verlegen, der Beherrschung des Landes durch die See und damit der überlegenen Stellung Englands ein Ende bereiten soll.

Das ist ein Gedankengang, der an sich ja für theoretische Liebhaber der Staatskunst eine gewisse innere Berechtigung haben mag und auch mit manchem zusammenklingt, was von einzelnen alldeutschen Heißspornen in der Literatur geäußert worden ist; aber ich wiederhole und unterstreiche: der Gedankengang des Auswärtigen Amtes, das Programm der deutschen Regierungspolitik ist das durchaus nicht gewesen. Der verantwortliche Staatsmann stellt sich auf den Boden der wirklichen Verhältnisse und nicht politischer Träumereien und Zukunftsspekulationen. Von einer unhaltbaren Lage der deutschen Volkswirtschaft war tatsächlich schlechterdings nichts zu spüren. Unser ganzes Volksleben war in erfreulichem Wachsen und Gedeihen. Wir hofften, im friedlichen Wettbewerb mit England und an-

deren Nationen ganz allmählich, langsam und stetig, ohne Krieg und große Erschütterungen, zu einem Maße von Geltung und Ansehen in der Welt zu gelangen, das auch England respektieren würde. Wir wollten eine gleichberechtigte Weltmacht neben andern Weltmächten werden und hofften, daß England sich allmählich dazu verstehen würde, seine Ansprüche auf eine allgemeine See- und Handelsherrschaft so weit einzuschränken, daß auch uns der „Platz an der Sonne“ nicht verkümmert würde. Dazu gehörte natürlich außer den größten wirtschaftlichen Anstrengungen auch ein gewisses Maß von Rüstungen zur See wie zu Lande; kann doch selbst Herr Usher nicht umhin, zuzugestehen, daß diese Rüstungen nur einen defensiven Charakter hatten und dazu dienen sollten, den bestehenden Zustand zu sichern, uns vor Frankreich und Rußland zu schützen und England von einem Seekriege abzuhalten, der unsere Schifffahrt völlig zu hemmen vermochte. Zwischen diesem Zugeständnis und seiner Behauptung einer aggressiven Politik klafft eine Lücke, die er nicht geschickt genug gewesen ist, auszufüllen. Der Schlüssel zum Verständnis der Lage liegt eben anderswo. Er liegt in den Befürchtungen Englands, daß es vielleicht wirklich dem deutschen Rivalen gelingen möchte, im tiefen Frieden, durch allmähliche Steigerung seiner Wirtschafts- und Seemacht, England von dem Platze einer herrschenden See- und Handelsmacht zu verdrängen. Die Methode Englands in solchen Fällen ist immer gewesen, den gefährlichen Rivalen durch eine europäische Koalition zu bekämpfen, seine Macht durch einen Präventivkrieg zu brechen, ehe noch die Vorzugsstellung Englands ernstlich beeinträchtigt werden möchte. So hat England im 16. Jahrhundert gegen Spa-

nien, im 17. gegen Holland, im 18. gegen Frankreich gehandelt; so handelt es jetzt gegen Deutschland: das ist die eigentliche Erklärung für den Ursprung des gegenwärtigen Krieges.

### III.

Ein Punkt in den Ausführungen des Usherschen Buches bedarf noch einer besonderen Beleuchtung: das ist die Frage des internationalen Kredits und ihre Bedeutung für den Plan des „Pangermanismus“. Er schreibt „den Deutschen“ ganz im allgemeinen, ohne irgendeinen Gewährsmann zu nennen oder auch nur anzudeuten, eine Auffassung der ökonomischen Lage zu, die in ihren Augen einen großen und entscheidenden Vorteil im Fall eines Krieges bedeute und die dann weiterhin in dem Buche einfach mit zu den Bestandteilen des pangermanistischen Planes gerechnet wird. England und Frankreich sind die großen Gläubigernationen; sie besitzen in allen Ländern der Welt, auch in denen des Dreibundes, starke Forderungen, für welche Fabrikanlagen, Bergwerke, Eisenbahnen, landwirtschaftliche Grundstücke als Sicherheit dienen. Aber diese Sicherheit ist eine trügerische. Im Fall eines Krieges kann man die Zahlung von Zins und Kapital verweigern; der Schuldner behält das Objekt, das die Forderung des Gläubigers sichern sollte, in der Hand, und der Gläubiger hat das Nachsehen. Da die Deutschen und die Bundesgenossen keine Darlehen in annähernd gleicher Höhe an ihre Gegner gemacht haben, so bedeutet der Krieg für sie ein glänzendes Geschäft und eine starke Einbuße an Wirtschaftsmacht für die Gegner. Der Verfasser macht freilich dazu eine Anmerkung (S. 92), in der er sagt, seine Ausführungen sollten nicht so verstanden werden, als wolle er damit ein



schlechtes Licht auf die nationale oder individuelle Moralität in Deutschland werfen; er rede nur von einem hypothetischen Falle; kein Historiker habe das Recht mit Sicherheit vorauszusagen, daß dieser wirklich eintreten werde. „Der Punkt, auf den die Deutschen Gewicht legen, ist: was würde unter solchen Umständen das Schicksal Englands sein? Das beweist noch keineswegs ihre Absicht, morgen oder zu irgendeiner andern Zeit den Versuch zu machen, die Bezahlung ihrer Schulden zu verweigern. Aber sie behaupten, daß hier ein Punkt von fundamentaler Bedeutung ist, der zu ihren Gunsten in Betracht kommt.“ Es ist wirklich schade, daß uns Herr Usher nicht den Autor nennt, der solche Berechnungen angestellt hat; ich kenne keinen, bei dem er das gefunden haben könnte. Er hat es sich wohl, wie so vieles andere, aus den Fingern gezogen. Trotz dieser gewissenhaften und zartfühlenden Note behandelt er dann aber weiterhin in seinem Buche, nicht nur in diesem Kapitel, sondern auch in einem späteren (S. 278 ff.) die Anwendung dieser „ökonomischen Waffen“ keineswegs als einen bloß hypothetischen Fall, sondern als ein wesentliches Stück in dem ganzen Angriffsplan des „Pangermanismus“. Herr Usher ist kein Moralprediger von der bekannten heuchlerischen englischen Art; daran verhindert ihn schon der skrupellose amerikanische Imperialismus, dem er huldigt; wenn man seine Ausführungen über die Möglichkeit einer Rechtfertigung des „Pangermanismus“ liest, so möchte man ihn wirklich für einen unparteiischen Beurteiler halten, der die Dinge von einer höheren Warte aus ansieht. Es ist nur bedenklich, daß er die Berechtigung einer politischen Handlungsweise verteidigt, zu der wir uns gar nicht zu bekennen in der Lage sind: er setzt ja bei Deutschland die Ab-

sicht eines Angriffs auf England und seine Bundesgenossen voraus und findet diese Absicht nach Lage der Verhältnisse ganz begreiflich. Aber in Geldsachen hört offenbar auch bei ihm die Gemütlichkeit auf, und so hält er uns denn S. 278 f. doch eine ernste Moralpredigt auf den Text: „Mensch, bezahle deine Schulden!“ Schade nur, daß diese von Weisheit und Gerechtigkeit triefenden Sätze bei seinen englischen Lesern so wenig Eindruck gemacht haben. Wer war es denn, der in diesem Kriege zuerst die bedenkliche Maßregel ergriff, alle Bezahlung von Privatschulden an das feindliche Ausland zu verbieten? England! Es wird zweifellos seine Gründe dazu gehabt haben.

Unser Verfasser freilich hat eine merkwürdige Ansicht von der Lage des deutschen Wirtschaftslebens. Daß Deutschland seinerseits namhafte Forderungen an das Ausland besitzt, ist eine Tatsache, die für ihn gar nicht in Betracht kommt. Er ist der Meinung, daß die ganze deutsche Industrie, ja das ganze deutsche Wirtschaftsleben überhaupt, auf fremdem, namentlich von Frankreich und England geborgtem Kapital beruht. Darum ist die große gewaltsame Schuldentilgung durch einen Krieg so verlockend für Deutschland. Es erhält dadurch die Gelegenheit, eigentlich erst zu freiem Eigentum zu erwerben, was es bisher als schuldenbelasteten Besitz in der Hand hielt. Es wird damit erst wirklich zum Herrn seiner Fabriken und Ackerfelder, seiner Bergwerke und Eisenbahnen. Das alles ist ja mit fremdem Gelde geschaffen oder betrieben worden; die fünf Milliarden französischer Kriegskontribution haben den Grund gelegt zu dem wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands, und die französischen und englischen Leihkapitalien haben dann weiterhin den Ausbau des deutschen Wirtschaftslebens

ermöglicht. Die Erträge der deutschen Unternehmungen sind immer wieder zu neuen produktiven Anlagen verwandt worden; an Abbezahlung der Schulden hat man nicht gedacht. Und wie das Wirtschaftsleben, so beruhen auch Heer und Flotte schließlich auf fremdem Kapital. Ja, Deutschland ist nicht in der Lage, ohne fremdes Geld einen Krieg anzufangen; die Kosten der Mobilmachung müssen vom Gegner geborgt werden. Der Verfasser hat wohl einmal etwas von dem Reichskriegsschatz im Julius-turm von Spandau gehört; aber was es damit für eine Bewandnis hat, ist ihm nicht recht klar. Er beziffert ihn auf 140 statt 120 Millionen Mark, und er meint, es solle das eine Reserve sein für den schlimmsten Fall, wenn man unterlegen sei und den Feind im eigenen Lande habe (S.97). Daß gerade dieser Geldschatz für die Zwecke der Mobilmachung bestimmt ist, weiß er nicht; er weiß auch nichts von der Verdoppelung dieser Summe, die damals schon erfolgt war; die Verdreifachung durch die 120 Millionen in Silber gehört ja allerdings erst dem Jahre 1913 an.

Höchst bezeichnend für die Naivität oder die Böswilligkeit des Verfassers ist die eindrucksvolle Schilderung der deutschen Finanzkrisis im September 1911, anläßlich der Marokkowirren. Seine Voraussetzung ist ja, daß die deutsche Regierung den Krieg wollte und nun versuchte, sich das Geld zur Mobilmachung durch eine Anleihe zu verschaffen. Aber die Geschäftsleute in Deutschland hatten ihren Auslandskredit so hoch angespannt, daß 90 Prozent (!) ihres Betriebskapitals in kurzfristigen oder sofort kündbaren Darlehen aus England oder Frankreich bestand. Nun erfolgte nach einem verabredeten Plane die Kündigung dieser Darlehen von London und Paris aus. Das hatte in Deutschland eine

Panik zur Folge. Das Gold verschwand aus dem Verkehr; viele Geschäftsleute mußten Effekten verkaufen, um ihre Verpflichtungen erfüllen zu können; ein allgemeiner Kurssturz erfolgte; die Banken waren nahe daran, die Barzahlungen einzustellen, manche waren fast bankrott. Mit unerhörter Dreistigkeit wendet sich nun die deutsche Regierung an die großen Bankhäuser in London und Paris, um von ihnen das Geld zur Mobilmachung zu erhalten, in der Meinung, daß deren Profitsucht stärker sein werde als der Patriotismus. Aber der Kaiser erhielt von den großen Kapitalmagnaten die höhnische Antwort, man sei zu einem solchen Geschäft gern bereit, wenn die nötige Sicherheit geboten und durch ein eigenes Handschreiben des Kaisers die Verpflichtung eingegangen werde, das Geld nicht für militärische Zwecke zu verwenden. Das war natürlich nicht möglich, und so wandte sich der Kaiser an amerikanische Finanzleute; aber von diesen erhielt er ungefähr dieselbe Antwort. Das zwang Deutschland, von einem Kriege in diesem Moment Abstand zu nehmen.

Ist das nicht ein hübsches Beispiel von Legendenbildung im hellen Licht der Gegenwart und eine charakteristische Probe von dem, was man einem leichtgläubigen Publikum in England und Amerika zumuten kann? Man vergleiche mit dieser pikanten Schilderung die nüchterne, solide, in allen Einzelheiten begründete Darstellung der Krise in der zweiten Auflage von J. Riessers Buch: „Finanzielle Kriegsbereitschaft und Kriegführung (1913)“, S. 114—122, oder die Ausführungen des damaligen Direktors der Deutschen Bank, Karl Helfferich, in den Verhandlungen des IV. Allgemeinen Deutschen Bankiertages zu München vom 17. und 18. September 1912 und seine Erwiderung auf französische

Einwendungen gegen diese Angaben in dem Aufsatz über Deutschlands Finanzkraft in der Marokkokrise (Bank-Archiv XII, 17—20). Ich erlaube mir, einige wesentliche Punkte aus diesen Schriften hier herauszuheben.

Riesser stellt fest (S. 117), daß am 9. September 1911 durch Nachrichten über den angeblichen Abbruch der deutsch-französischen Verhandlungen, verbunden mit zutreffenden Mitteilungen über starke Kündigungen ausländischer, insbesondere französischer Guthaben bei den Banken, ein allgemeiner und erheblicher Kursrückgang auf der ganzen Linie hervorgerufen worden sei. Er zeigt aber zugleich, daß eben in jenem September 1911 die Kursrückgänge in Paris und London noch stärker gewesen seien als die in Berlin. Die Reichsbank kam in dieser Zeit durch starke Abgaben ihres Devisenbestandes dem Geldmarkt zu Hilfe, um das allzu starke Abströmen von Gold nach dem Ausland zu verhüten; ihr Status verschlechterte sich allerdings dadurch in der letzten Woche des Septembers um nicht weniger als 773 Millionen Mark, während der der Banque de France sich erhöhte. Mit dieser Hilfe haben aber die deutschen Kreditbanken und die deutschen Märkte damals die Feuerprobe gut bestanden. Dagegen bedurfte es in Frankreich der Intervention des Finanzministers, um der Börse über etwaige Schwierigkeiten der September-Liquidation hinwegzuhelfen. „Die deutschen Banken und Bankfirmen“ — sagt Riesser — „haben nicht nur die ausländischen Guthaben und diejenigen inländischen Gelder, welche zurückgezogen wurden, ohne jede Schwierigkeit zurückbezahlt, sondern auch die Kundschaft gestützt und von Einschränkungen der Kreditgewährung, insbesondere der Wechsel-Akzeptierung und Diskontierung, im großen und ganzen Ab-

stand nehmen können, und zwar im wesentlichen, abgesehen etwa von einer nicht sehr erheblichen Vermehrung amerikanischer Guthaben, aus eigener Kraft.“

Die Ausführungen von Helfferich stimmen vollständig damit überein. Er warnt vor der Überschätzung der Abhängigkeit Deutschlands von ausländischem Geld. Er bezeichnet es als einen groben Schwindel, wenn 1911 von Paris aus die Nachricht in die Welt geschickt wurde, Pierpont Morgan oder andere amerikanische Finanzleute hätten Deutschland ihre Hilfe angeboten unter der Bedingung, daß Deutschland in den Marokkoverhandlungen gegenüber Frankreich binnen zweimal 24 Stunden nachgebe. Aber er betont, daß derselbe Faden in feineren Nummern mehr oder weniger allgemein auf einer ganzen Anzahl von Spindeln gesponnen worden sei, und daß die Mythe von der unbedingten Abhängigkeit Deutschlands von ausländischem Geld auch noch 1912 von französischen Fachblättern verbreitet wurde. Demgegenüber stellt er fest, daß diese Abhängigkeit schon vor Jahren beträchtlich geringer gewesen sei, als man in weiten Kreisen annahm, und daß sie sich seit 1911 noch ganz erheblich verringert habe, so daß Deutschland nicht nur die ausländischen Gelder zur Not entbehren könne, sondern auch stark genug sei, eine so große industrielle Ausdehnung, wie sie gerade im Laufe des Jahres 1912 stattgefunden habe, so gut wie ausschließlich mit eigenen Mitteln zu finanzieren. „Als zur Zeit der schlimmsten Zuspitzung der Marokkokrise (September 1911) im Ausland die Mär verbreitet wurde, die Deutsche Bank suche händeringend diesseits und jenseits des Atlantic zu Wucherzinsen ein paar Millionen, konnte die Deutsche Bank öffentlich erklären: sie habe seit Jahren so disponiert, daß nicht nur

keine Verschuldung an das Ausland bestehe, sondern daß im Gegenteil die Bank im Auslande über starke Reserven verfüge, die jederzeit herangezogen werden könnten. Sie konnte hinzufügen, daß sie insbesondere seit längerer Zeit grundsätzlich davon abgesehen habe, in irgendeiner Form kurzfristiges Geld aus Frankreich anzunehmen.“ Helfferich betont, man habe im In- und Ausland zu wenig in Betracht gezogen, daß den kurzfristigen Forderungen des Auslandes an Deutschland sehr umfangreiche ähnlich geartete Forderungen Deutschlands an das Ausland jederzeit gegenüberständen. Von dem kurzfristigen Auslandsgeld hat sich dann aber Deutschland nach einer Feststellung des Reichsbankpräsidenten im Laufe des Jahres 1912 so gut wie ganz befreit; die amerikanischen Gelder, die 1911 unsere letzte Rettung gewesen sein sollten, sind sehr bald wieder zurückgeflossen.

Das ist der Tatbestand der Krisis von 1911; alles andere ist Phantasie oder Schwindel: der von Fachleuten gar nicht ernsthaft diskutierte Satz von 90 Prozent an fremdem Geld in dem deutschen Betriebskapital, die Vereitelung der Kriegsabsicht durch die finanzielle Schwäche, die pikanten Einzelheiten über die Intervention der Regierung und des Kaisers selbst. Es sind aber effektvolle Vorgänge und Motive, die in dem politischen Tendenzroman des Herrn Usher ihre Wirkung nicht verfehlen.

In den Ausführungen des Herrn Usher über die Finanzkrise von 1911 spielt schon die wirksame Betätigung der Verbindung Amerikas mit England und Frankreich eine Rolle. Diesem Verhältnis hat der Verfasser ein besonderes Kapitel gewidmet, und die Mitteilungen und Betrachtungen über diesen Gegenstand verdienen wohl besondere Be-

achtung: wir werden annehmen dürfen, daß er mit den eigentlich amerikanischen Verhältnissen und Problemen besser Bescheid weiß als mit den europäischen, insonderheit mit den deutschen, die ihm offenbar nur sehr unvollkommen bekannt sind.<sup>1)</sup>

Was er nun über die Stellung der Amerikanischen Union in der Weltpolitik sagt, ist von außerordentlichem Interesse und verdient wohl allgemeiner bekannt zu werden. Er stellt nämlich ohne Umschweife die Tatsache fest, daß seit dem Sommer 1897 ein zwar ungeschriebenes, aber nichtsdestoweniger sehr festes und wirksames Bündnis zwischen den Vereinigten Staaten einerseits, Frankreich und England andererseits besteht, dessen Spitze sich gegen Deutschland richtet. Der Verfasser sagt geradezu, es sei ein Übereinkommen dahin getroffen worden, daß im Falle eines Krieges, der von Deutschland oder

1) Dafür mag nur auf die Bemerkungen über Süddeutschland auf S. 258 verwiesen werden oder auf die Vorstellung, daß nicht nur im Reichstag, sondern auch „in den beiden preußischen Häusern“ die sozialdemokratische Partei alle anderen überflügelt hätte (S. 267). Die gelegentlich eingestreuten statistischen Angaben sind recht anfechtbar. Als besonders unrichtig ist mir die über die öffentlichen Schulden aufgefallen (S. 66). Deutschland erscheint dabei mit nur 15 Dollars auf den Kopf, während England 80, Frankreich 150 aufweist. Der Verfasser hat den groben Irrtum begangen, dabei die Schulden der Bundesstaaten ganz außer Acht zu lassen und nur die des Reiches zu zählen. Nach der sehr sorgfältigen und sachkundigen Berechnung von Riesser (Finanzielle Kriegsbereitschaft, 2. Aufl., S. 36) kommen in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung ca. 315 Mk., in Frankreich ca. 658, in Großbritannien 296. Ganz unverständlich ist die Bemerkung S. 65, daß die gleich verfügbare deutsche Armee zweimal so stark sein soll als die englische auf dem Papier und viermal so stark als die französische.



Österreich-Ungarn zur Ausführung des pangermanistischen Planes begonnen werde, die Vereinigten Staaten sich ohne Zögern zugunsten von England und Frankreich erklären und ihr Äußerstes tun würden, ihnen beizustehen.

Natürlich ist die Entfaltung des „Pangermanismus“ in Ushers Darstellung der eigentliche Anstoß zu diesem Bündnis gewesen. Wir kennen ja aber zur Genüge die Umtriebe, durch die ebendmals England mit Erfolg versucht hat, die Stimmung der öffentlichen Meinung in Amerika gegen Deutschland aufzuregen und die Beziehungen zwischen beiden Völkern zu vergiften. Wir glaubten eine Zeitlang, durch unsere aufrichtigen Bemühungen um ein besseres gegenseitiges Verständnis diese englische Brunnenvergiftung mit Erfolg bekämpft zu haben, aber Herr Usher belehrt uns, daß davon keine Rede sein kann. Dieses ungeschriebene Bündnis zwischen Amerika und den westeuropäischen Staaten fällt mit der Vorbereitung zu dem Kriege gegen Spanien zusammen, dessen kaum verhülltes Ziel die Eroberung der spanischen Kolonien durch die Union war. Natürlich hat — nach Usher — die Union diesen Schritt nur deshalb in diesem Moment für unvermeidlich gehalten, weil sonst begründete Gefahr vorhanden gewesen wäre, daß Deutschland ihr darin zuvorgekommen wäre. Es wäre ja seltsam, wenn nicht auch in diesem Falle Deutschland den Anstoß gegeben hätte; von irgendeinem Versuch, diese Behauptung zu erweisen oder nur wahrscheinlich zu machen, ist freilich bei dem Verfasser keine Rede. England und Frankreich gaben ihre Zustimmung zu dieser Beraubung Spaniens, in der Hoffnung, an Amerika einen Bundesgenossen gegen Deutschland zu gewinnen. Man erinnert sich ja der Reibun-

gen, die bei der Besetzung der Philippinen durch Amerika zwischen dem amerikanischen Admiral Dewey und dem deutschen Vizeadmiral Diedrichs vor Manila 1898 so viel böses Blut gemacht haben; sie gewinnen in der von Herrn Usher eröffneten Perspektive eine größere Bedeutung, als man ihnen sonst zuzuschreiben gewillt sein möchte. Auch das alte, durch diplomatische Enthüllungen sattem widerlegte Märchen wird wiederholt, daß Deutschland damals eine Intervention zugunsten Spaniens versucht habe und daß diese nur an dem Widerspruch Englands gescheitert sei. Die Besetzung der Philippinen war nach den Ausführungen des Verfassers ein indirekter Schlag gegen die deutschen Interessen: im Besitz dieser strategisch wichtigen Position hoffte man Deutschland an kolonialen Erwerbungen und an der Ausdehnung seines Handels und seines Einflusses in Ostasien wirksam hindern zu können. Insbesondere glaubte man damit auch eine beherrschende Stellung gegenüber den holländischen Kolonien einzunehmen. Es gehört nach Herrn Usher mit zu den ungeschriebenen Abmachungen jenes Bündnisses, daß in dem Momente, wo etwa Deutschland gegen Holland vorgeht, diese Kolonien ohne weiteres von den Amerikanern besetzt werden, um für die englisch-amerikanische Interessengemeinschaft die Verbindung zwischen Indien und Ostasien zu sichern. Auch der Panamakanal kommt den britischen Reichsinteressen zugute, namentlich für den Fall, daß einmal der Mittelmeerweg durch den Suezkanal ungangbar werden sollte; aus diesem Grunde hat England nach der Herstellung des Einvernehmens mit den Vereinigten Staaten auf die Rechte, die ihm der Clayton-Bulwer-Vertrag gab, verzichtet. Die Interessengemeinschaft

zwischen der Union und den westeuropäischen Staaten beruht hauptsächlich auf der Handelsverbindung, namentlich auf dem Austausch von Fabrikwaren mit England. Das Bündnis hat denn auch für den Fall eines europäischen Krieges vor allem den Zweck, diesen Handelsverkehr ungestört zu erhalten. Amerika ist in Hinsicht auf die europäischen Staaten nicht offensiv; seine Stärke liegt überhaupt in der Defensive; aber im Stillen Ozean und in Ostasien bedeutet es den offensiven Arm der atlantischen Interessengemeinschaft; besonders die Lösung der chinesischen Frage ist dabei ins Auge gefaßt; der Verfasser scheint an eine Aufteilung in Interessensphären oder dergleichen zu denken. Zugrunde liegt offenbar die Vorstellung, daß Amerika, vorläufig unter Anerkennung der Seeherrschaft Englands, im Atlantischen Ozean mit ihm Hand in Hand gehen muß, um hier Deutschland auszuschließen, daß es aber hoffen darf, im Stillen Ozean allmählich selbst an Englands Stelle zu treten als die vorwaltende Macht. Herr Usher macht aus den imperialistischen Wünschen und Hoffnungen Amerikas kein Hehl. Nicht nur in Ostasien, sondern auch in Amerika selbst wartet die Union nur die günstige Gelegenheit ab, um sich gewaltig auszudehnen. Bis die Zeit gekommen sein wird, die bisherige Kontrolle über

Mexiko und Mittelamerika in tatsächlichen Besitz zu verwandeln und bis etwa ein weiterer Angriff auf China erfolgt, wird die Union keinen erheblichen Anteil an den Feindseligkeiten der Mächte nehmen; sie wird sich darauf beschränken, die Hochstraße des Atlantischen Ozeans offenzuhalten und die britische Handelsflotte zu beschützen. Es liegt nahe, zwischen diesem Programm des amerikanischen Autors und dem tatsächlichen Verhalten seines Vaterlandes im gegenwärtigen Kriege einen Vergleich anzustellen. Er wird keine vollständige Übereinstimmung, aber starke Berührungen ergeben; und mir scheint, daß die Enthüllungen des Herrn Usher doch nicht unwesentlich zum Verständnis der amerikanischen Politik und ihrer eigenartigen Auffassung von Neutralität in diesem Kriege beitragen. Ebenso nahe liegt heute die Frage: wird sich der offensive Arm der atlantischen Koalition auch Japan gegenüber betätigen oder wird Amerika diesen zweifellos gefährlichsten Angriff, der jemals auf den Bestand Chinas und gegen die ostasiatischen Interessen der Europäer und Amerikaner gemacht worden ist, in resignierter Ergebnislosigkeit gegen seinen Freund und Japans Verbündeten England ohne Widerstand hinnehmen? Es ist die Schicksalsfrage für die amerikanische Weltpolitik.

**Bromwasser von Dr. A. Erlenmeyer**

Erprobt und bewährt bei

# Schlaflosigkeit u. Nervosität

In Apotheken und Handlungen natürlicher Mineralwässer. — Einzelgabe 75 ccm = 1 gr. Bromsalz.  
Diese 2 bis 3 mal täglich. Größere Gaben auf ärztliche Verordnung.

**Dr. Carbach & Cie., Bendorf a. Rh.**



**Schwerhörigkeit, Ohrgeräusche** werden beseit. beim Gebrauch von **ges. gesch. Gehör-Patronen.**

Auß. bequem zu tragen. Im Gebrauch unsichtbar. Ärtzl. empfohlen. Zahlr. Anerkennungen. Prospekt gratis u. franko. **Hans Sieger, Bonn a. Rhein.**

**Technikum**

**Illdurghausen**

Höhl. u. mittl. Masch.- u. Elektrot.-Schule, Werkm.-Schule. Anerkannte Hoch- und Tiefbauschule.

Staatskommissar

Programm frei

**Die Rechenmaschinen und das  
Maschinenrechnen.** Von Reg.-Rat Dipl.-  
Ingenieur H. Lenz.

Mit 43 Abbildungen. Geh. M. 1.—, geb. M. 1.25.

Verlag von S. G. Teubner in Leipzig u. Berlin

## QUELLENSAMMLUNG ZUR DEUTSCHEN GESCHICHTE

Herausgegeben von Erich Brandenburg und Gerhard Seeliger

**Briefe und Aktenstücke zur Geschichte der Gründung des Deutschen Reiches (1870/71).**  
Von Erich Brandenburg.

I. Heft: Vorverhandlungen. (Bis zur Eröffnung der Konferenzen in Versailles 23. Oktober 1870.) Steif geh. M. 1.80.  
II. Heft: Hauptverhandlungen in Versailles. Steif geh. M. 2.—

.... Wenn es weitesten Kreisen bis jetzt kaum möglich war, aus dem weithin zerstreuten Material sich selbst ein Bild von dem Gange der Dinge, von den Kämpfen, die die Reichsgründung kostete, und vor allem von den Absichten der leitenden Kreise zu machen, jetzt haben sie das Material zusammen. ... Da kann dies Unternehmen unserem Volke, seiner staatsbürgerlichen Erziehung wie seiner geschichtlichen Bildung und seiner Geschichtsforschung nur den größten Nutzen bringen." (Forachungen, brand.-preuß.)

**Briefe, Aktenstücke und Regesten zur Geschichte der hohenzollernschen Thronkandidatur in Spanien (1866–1870).** Von R. Fester.

I. Heft: Bis zum 6. Juli 1870 (Gramons Erklärung). M. 2.20. — II. Heft: Die Emser Verhandlungen und die Nachspiele der Kandidatur. M. 2.20.

.... So ist ein für den Geschichtsforscher sehr wertvolles Quellenwerk geboten, welches der großen, amtlichen, wohl erst in sieben oder acht Jahren abzuschließenden Veröffentlichung des französischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten über den Ursprung des Krieges voraussetzt und neben tiefen Einblicken in diplomatische Getriebe jener Zeit zur richtigen Beurteilung der handelnden Persönlichkeiten, vor allem Bismarcks, beiträgt." (Militär-Literatur-Zeitung.)

**Die politischen Testamente der Hohenzollern nebst ergänzenden Aktenstücken.** Von Georg Kuntzel und Martin Haß.

I. Heft: Die Hofordnung Joachims II. Die politischen Testamente des Großen Kurfürsten von 1667 und Friedrich Wilhelm I. von 1722. Steif geh. M. 1.60.

II. Heft: Friedrich der Große. Das politische Testament von 1752 nebst Ergänzungen. — Friedrich Wilhelm III. „Gedanken über die Regierungskunst“ von 1796/97. Denkschrift über das preußische Heerwesen vom November 1797. Generalinstruktion für die Kommission der Finanzen vom 19. Februar 1798. Steif geh. M. 2.20.

„Die beiden Bändchen bieten ein bisher schwer zugängliches Material zur preußischen Geschichte, das sich jeder Geschichtsfreund zunutze machen kann. Die Testamente führen in vortrefflicher Weise in deren Wesen und ihre ganze Auffassung vom Herrscherberufe und die Ziele ihrer Politik ein, so daß ich mir für den Geschichtsunterricht an den höheren Schulen keine bessere quellenmäßige Einführung zum Verständnis der drei großen Hohenzollern und ihres Werkes denken kann.“ (Verband Historischer Vereine an Deutschen Hochschulen.)

VERLAG VON B. G. TEUBNER IN LEIPZIG UND BERLIN



Die durchschlagende Heilwirkung  
des

Salzschlirf

B

gegen

Gicht

geht aus einer  
Anzahl ärztlicher  
Schriften hervor

Kreisarzt Dr. me  
meine Erfahrungen  
gezeigt haben, daß  
Wirksamkeit übertrifft

Dr. med. R. in  
sondern er übt auch

Dr. med. M. in  
ist so ausgezeichnet,  
seit dem Gebrauch  
Stuhlgang ab.

Stadtkr. Dr. me  
vollständig von me

Der B  
Mineral

Ausführliche Drucksachen kostenlos durch die Brunnendirektion des

Bades Salzschlirf.

14 DAY USE  
RETURN TO DESK FROM WHICH BORROWED

LOAN DEPT.

This book is due on the last date stamped below, or  
on the date to which renewed.  
Renewed books are subject to immediate recall.

90 Oct 63

IN STACKS

SEP 25 1963  
REC'D LD

JAN 22 '64 - 4 PM

23 Apr '64 M O

REC'D LD

MAY 25 '64 - 12 M

LD 21A-40m-4,'63  
(D6471s10)476B

General Library  
University of California  
Berkeley

ure

nige im  
folgen

g ab, daß  
12 Jahren  
weit an

elastisch,  
fluß aus.  
lensteine  
ch gehen  
mit dem

Brunnens





